

## ELEKTROSMOG DURCH HANDY & CO

# „Niemand kennt die Gefahr“

Fast jeder nutzt das Handy, aber keiner weiß wirklich, wie sich die Strahlung auswirkt. Neue, unabhängige Studie gefordert.

Praktisch, lästig, gefährlich, nicht wegzudenken, entbehrlich – die Meinungen zum Handy sind vielfältig. Viel eindeutiger hingegen ist die öffentliche Meinung zur Strahlung, die von Handys und Handymasten ausgeht – da haben die Steirer fast durchwegs Bedenken. Nun nimmt sich Umweltschützerin Ute Pöllinger dieses Problemfeldes an. „Mobilfunk im Spannungsfeld zwischen Kommerz, Gesundheit und demokratischer Kultur“ nannte sich jene Diskussionsveranstaltung, zu der Pöllinger unlängst geladen hat. Massen folgten ihrem Aufruf und strömten ins Kapfenberger Haus der Begegnung. Der Tenor der Veranstaltung: Die Sorge um Gesundheits-

schäden durch die elektromagnetische Strahlung ist groß. Nun drängt Pöllinger auf neue und unabhängige Untersuchungen, wie sich die Strahlung langfristig auf die Menschen auswirkt. Außerdem sollen die Anrainer ein Mitspracherecht bei Handymasten bekommen.

### 1600 Lungenröntgen

Ausschlag gebend dafür waren nicht zuletzt die Stellungnahmen des Salzburger Umweltmediziners Gerd Oberfeld: „Die Strahlungsbelastung des menschlichen Körpers bei 24 Stunden Einsatz von Handy oder Mobiltelefon entspricht etwa der Belastung von 1600 Lungenröntgen.“ Bei diesen wird bekanntlich eine Bleischürze

als Schutz verwendet.

Harald Gerstgrasser, Physik-Lehrer am BORG Bad Aussee und mehrfacher Preisträger für Mobilfunk-Projekte, meinte: „Eltern wissen gar nicht, welches Instrument ihren Kindern da in die Hand

gegeben wurde. Es wird nach dem Motto agiert, jeder verwendet es und keiner weiß, wie es funktioniert.“ Aus diesen Gründen stemmt sich der Bad Ausseer Bürgermeister Otto Marl gegen Handymasten auf öffentlichem Gemeindegrund: „Niemand kennt die Gefahren wirklich. Deshalb ist Vorsicht angebracht.“



Viele warnen vor der hochfrequenten Strahlung von Handys – vor allem bei Kindern.

## Arbeitsplätze statt Almosen!

Während der letzten Jahre nehmen Arbeitslosigkeit und Armut weiter zu. Da wird von unterschiedlichster Seite das Konzept des „Grundeinkommens“ ins Spiel gebracht. Dieses Grundeinkommen soll Menschen unabhängig von deren Erwerbstätigkeit ausbezahlt werden. Was auf den ersten Blick sozial und fortschrittlich anmutet, weist bei näherem Hinsehen erstaunliche Ähnlichkeiten mit dem „Kombilohn“ auf, den Minister Barstenstein unlängst forderte.

Wenn die Besitzenden sozialpolitisch aktiv werden, muss irgendwo der Hund begraben sein. Dass bis jetzt die Sozialleistungen kaum bis gar nicht von den Reichen und Besitzenden bezahlt werden, sondern hauptsächlich über Massensteuern finanziert werden, sollte in diesem Zusammenhang stutzig machen. Beim Konzept des Grundeinkommens, das in Österreich eine reale Chance auf Umsetzung hätte, würden Arbeiter und Angestellte Erwerbslose finanzie-

ren. Diese „Umverteilung“ von jenen, die wenig haben, zu jenen, die fast gar nichts haben, hat mit Sozialpolitik allerdings herzlich wenig zu tun. Das Grundeinkommen würde wohl kaum über dem Existenzminimum liegen bzw. so niedrig angesetzt werden, dass seine Bezieher und Bezieherinnen zum Annehmen von Billigjobs gezwungen sein würden, um ihr Auskommen einigermaßen zu gewährleisten. Auch eine Neuauflage der unseligen „Sozialschmarotzer“-Debat-

ten wäre vorprogrammiert, die Menschen würden mit Sicherheit gegeneinander ausgespielt werden. Die Forderung nach einem Grundeinkommen würde in der jetzigen Situation überdies bedeuten, dass statt Vollzeit-arbeitsplätzen mehr prekäre Jobs geschaffen und die Kollektivverträge ausgehöhlt würden. Ebenso steht zu befürchten, dass im Rahmen der Maastricht-Kriterien der EU und der daraus resultierenden Politik des „Gürtel-enger-Schnallens“ das Grundeinkommen auf kurz oder lang sinken würde.

### Arbeit ist ein Menschenrecht!

Die Produktivität der Betriebe und die Profite der Industriellen steigen kontinuierlich an. Die technischen Neuerungen führen im Kapi-

talismus aber nicht zu sozialem Fortschritt, sondern zu Entlassungen und letztlich zu Massenarbeitslosigkeit. Die Antwort darauf kann nur die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, nach Mindestlöhnen und Vollbeschäftigung sein. Nicht um ein arbeitsloses Grundeinkommen ist der Kampf zu führen, sondern um Arbeitsplätze für jede Frau und jeden Mann von denen Er und Sie tatsächlich leben können. Etwas ganz anderes ist die sogenannte Grundsicherung. Damit ist folgendes gemeint: eine Anhebung aller Transferleistungen wie Mindestpension, Arbeitslosengeld, Notstand und Sozialhilfe auf ein menschenwürdiges Maß. Selbstverständlich tritt die KPÖ für diese Forderung vehement ein!